Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 114 (2017)
Heft: 3

Artikel: Personen mit wenig Einkommen bleiben in den Städten
Autor: Wanner, Philippe
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839765

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Personen mit wenig Einkommen bleiben in den Städten

FACHBEITRAG Eine Studie widerspricht der verbreiteten Annahme, dass einkommensschwache Personen zunehmend aus städtischen Gebieten verdrängt werden. Es sind eher gut situierte Personen, die die Kernagglomerationen verlassen.

In Zusammenhang mit der zunehmenden Verteuerung der Mietzinsen durch Überhitzung des Wohnungsmarktes und durch die Verknappung von erschwinglichem Wohnraum werden in der Schweiz immer wieder die Wohnverhältnisse der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen diskutiert. In den Grossstädten wird eine schrittweise Gentrifizierung beschrieben, bei welcher sich wohlhabende Bevölkerungsgruppen den städtischen Raum aneignen, der früher von materiell benachteiligten Personen besetzt war. Dieses Phänomen führe dazu, dass die ärmsten Familien nach und nach aus den Stadtzentren in suburbane oder periurbane (Vororts- oder angrenzende) Gemeinden wegziehen.

Um zu überprüfen, ob und in welchem Masse eine Gentrifizierung stattfindet und wie sich die Wohnmobilität auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung auswirkt, braucht es statistische Angaben. Eine vom Bundesamt für Wohnungswesen in Auftrag gegebene Studie nutzt personenspezifische Daten, um die Wohnmobilität der Haushalte nach Erwerbseinkommen zu analysieren. Die zwischen 2010 und 2014 durchgeführte Studie beschränkt sich auf Haushalte mit Personen im erwerbsfähigen Alter, die in drei Gruppen unterteilt wurden (geringes, mittleres oder hohes Einkommen). Es wurden sechs Agglomerationen (Zürich, Bern, Basel, Lugano, Lausanne und Genf) untersucht. Die Gemeinden dieser Agglomeration werden in Kategorien eingeteilt, die der ökonomischen Situation der Einwohner und wohnungsmarktbezüglichen Indikatoren Rechnung tragen.

Umzug in der gleichen Gemeinde

Die Ergebnisse zeigen in erster Linie, dass einkommensschwache Haushalte weniger mobil sind als die der anderen Haushaltkategorien. Einkommensschwache Personen mit Wohnsitz in den Kernstädten ziehen selten in eine Vorortgemeinde um. Bei einem Umzug bleiben sie meistens in der gleichen Gemeinde. Obschon die statistischen Daten keine Erklärung für diese Mobilität über kurze Distanz liefern, liegt der Grund dafür wahrscheinlich darin, dass die Wohnung unter Budgetzwang angepasst werden muss (Suche nach einer billigeren, einer kleineren oder grösseren Wohnung je nach Veränderung der Familienzusammensetzung). Für Personen, die Anspruch auf Unterstützungsleistungen haben, kann ein Umzug in eine andere Gemeinde auch bedeuten, dass diese neu ausgehandelt werden müssen, beispielsweise der Zugang zu einer zinsgünstigen Wohnung oder zur Sozialhilfe. Dies ist wahrscheinlich ebenfalls eine Bremse für die interkommunale Wohnmobilität von einkommensschwachen Personen.

Die Studie zeigt auch auf, dass sich die einkommensschwachen Haushalte zunehmend von suburbanen oder periurbanen Gemeinden in Richtung Kernstädte bewegen. Ein Teil dieser Mobilität kann Universitätsstudentinnen und -studenten betreffen, die näher bei ihrem Studienort wohnen wollen. Doch auch bei Haushalten mit erwerbstätigen Personen kann dieses Phänomen festgestellt werden, möglicherweise weil das Angebot an günstig abgegebenen oder subventionierten Wohnungen in den Kernstädten grösser ist als in den suburbanen Gebieten.

> Die Ergebnisse zeigen, dass einkommensschwache Haushalte weniger mobil sind als andere.

Räumliche Segregation nimmt zu

Die Wohnmobilität der wohlhabenden Personen hingegen ist gekennzeichnet durch einen zunehmenden Wegzug aus den Kernstädten in Vororte, vor allem in reiche Gemeinden. Dies führt zu einer zunehmenden Fragmentierung des Raumes in einerseits Gemeinden mit je länger je mehr einkommensschwachen Haushalten und andererseits Gemeinden, die die wohlhabenden Haushalte anziehen. Diese Segregation ist in der Schweiz im internationalen Vergleich noch relativ gering, doch sie hat im Zeitraum der Studie zugenommen. Vor allem die Westschweizer Agglomerationen (Genf und Lausanne) sowie Basel (bei den tiefen Einkommen) zeigen den höchsten Segregationsgrad.

Die gewonnenen Erkenntnisse verlangen Überlegungen zu den Konsequenzen dieser Entwicklung, beispielsweise bezüglich Gemeindefinanzen oder allzu ungleicher Verteilung der Einkommensgruppen in den Agglomerationsgemeinden. Sie werfen auch die Frage auf, ob in Zeiten der zunehmenden Segregation die soziale Durchmischung im ganzen städtischen Raum allenfalls durch politische Massnahmen langfristig gesichert werden muss. ■

Philippe Wanner
Institut für Demografie und Sozioökonomie, Universität Genf